

Gabriela Medici, stellvertretende Sekretariatsleiterin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), sprach mit der Redaktion des AVIVO-Infos über die am 22.9.24 kommende Abstimmung zur Reform des Beruflichen Vorsorge-Gesetzes (BVG). Vonseiten der AVIVO-Zürich waren Reinhold Ryf und André Eisenstein am Gespräch beteiligt.

*AVIVO Info: Was spricht gegen diese Gesetzesvorlage?*

G. Medici: Eigentlich alles. Das Hauptproblem ist, dass sie dazu führt, dass die Renten in der 2. Säule (Pensionskasse) weiter sinken. Sie führt zu Rentensenkungen von bis zu 3'200 Fr. pro Jahr. Genau dort, wo die 2. Säule die Aufgabe hätte zu funktionieren, also bei Leuten mit normalen Einkommen, die nicht immer an der Einkommensuntergrenze gelebt haben. Der Mittelstand. Personen mit Löhnen zwischen 5'000 und 7'000 Fr. trifft es brutal: Sie sollen mehr zahlen für weniger Rente. Dabei ist es nicht so, dass wir aus einer rosigen Situation kommen. Wir haben schon seit mehr als 10 Jahren eine solche Entwicklung. Wir erhalten immer weniger Rente für unsere Beiträge. Mit der Reform soll das nochmals wiederholt werden.

*AVIVO Info: Betrifft dies vor allem die im Obligatorium oder betrifft dies alle - oder nur die im überobligatorischen Bereich?*

G. Medici: So wie ihr fragt, gehe ich davon aus, dass ihr glaubt, dass das Überobligatorium bei 88'200Fr. anfängt. Das wäre falsch. Ihr könntet auch 50'000 verdienen und im Überobligatorium sein.

*AVIVO Info: Wie geht das?*

G. Medici: Das ist die grosse Schwierigkeit, dies zu erklären. Es gibt viele Varianten, wie Überobligatorium entsteht. Es kann sein, dass ihr mehr einzahlt, als im Gesetz vorgeschrieben ist, oder die Arbeitgeber bezahlen etwas mehr. Dies wurde vielleicht sozialpartnerschaftlich erkämpft oder mit der Pensionskasse vereinbart, damit wir eine bessere Rente haben, als gesetzlich vorgeschrieben. Das Gesetz definiert nur das Minimum. Heute sind rund 85 % der Versicherten besser versichert, als das Gesetz es vorschreibt. Häufig ist beispielsweise, dass Teilzeitbeschäftigte besser versichert sind, als es das Gesetz vorschreibt. Das ist positiv, gilt aber als «Überobligatorium». Dasselbe gilt beim Mindestzins, viele Kassen gaben mehr als den Mindestzins, dann gibt es auch dort ein «Überobligatorium». Das Problem damit ist, dass wir auf all diesen überobligatorischen Anteilen keinen gesetzlichen Schutz haben. Und mit der Reform werden die gesetzlichen Rentengarantien nochmals verkleinert.

*AVIVO Info: Wer muss damit rechnen, dass ihre Renten gesenkt werden?*

G. Medici: Das weiss gegenwärtig niemand genau. Der Bundesrat sagt, dies seien 1,5 Millionen Menschen, die Nahe beim Gesetz versichert seien. Wir haben aber Hinweise aus grossen Pensionskassen, dass es mehr sein könnten.

*AVIVO Info: Das heisst, es sind entsprechend kleine Einkommen?*

G. Medici: Nein, nicht zwingend. Es sind die Tieflohnbranchen dabei. Das Gewerbe wie Gastronomie, Bau, Ausbaugewerbe, aber auch Reisebüros, Anwälte, Architekten, usw. Letztlich ist es aber klar: Wir sind alle betroffen, denn wir alle haben einen gesetzlichen Teil und dieser Teil wird für Personen mit mittleren Einkommen mit der Reform kleiner. Die Reform bedeutet also, dass die Renten entweder sofort sinken – oder die Pensionskassen haben später mehr Spielraum, um die Renten zu senken.

*AVIVO Info: Du hast vor Kurzem gesagt, es gäbe die Leute, die würden profitieren von der Gesetzesänderung, aber erst in ein paar Jahrzehnten. Das habe ich nicht verstanden.*

G. Medici: Die Hauptmassnahme dieser Reform ist die Senkung des Umwandlungssatzes, wenn dieser sinkt, bedeutet dies, dass wir für das gleiche Kapital weniger Rente erhalten. Das Parlament sagte, wir wollen nicht nur eine Rentensenkung, wir wollen dies kompensieren. Für diese Kompensation greift es zu zwei Massnahmen. Die Hauptmassnahme ist, dass wir mehr Kapital ansparen sollen. Deshalb steigen mit der Reform die Lohnbeiträge an die Pensionskasse. Doch um mehr Kapital anzusparen, braucht es Zeit. Wenn du den Umwandlungssatz senkst, wirkt dies sofort. Im Moment. Nachher kannst du versuchen, aufzufüllen. Dies geht dann Jahrzehnte. Das ist, was diese Reform macht. Sie verlangt, dass wir mehr Geld in dieses ineffiziente System pumpen. Gleichzeitig wird es aber nicht ganz aufgefüllt. Deshalb hätten wir mit der Reform bei mittleren Einkommen, egal welche Generation, einen Abbau, obwohl mehr bezahlt würde. Für ganz tiefe Einkommen sind die steigenden Lohnbeiträge brutal, es geht um bis zu 200 Franken steigende Beiträge pro Arbeitnehmerin und Monat. Bei einer 25-Jährigen mit miserablen Lohn ist dies vielleicht in 40 Jahren eine Rentenverbesserung. Dies ist das Frauenargument der Gegenseite. Das lässt sich nicht wegreden, es ist aber sehr ineffizient. Es wäre sehr teuer für wenig Rente. Auch mit diesem neuen Modell gäbe es nicht einmal 500 Fr. Rente pro Monat. Heute gibt es 100 Fr. Das ist nichts. Neu gäbe 400 Fr. mehr. Was auch sehr wenig ist. Es zeigt, wie wenig effizient Pensionskassen für tiefe Einkommen funktionieren. Das wusste man, als man die Pensionskassen obligatorisch erklärte. Deshalb brauchen wir für die Existenzsicherung die AHV, da brauchen wir das Umlageverfahren. Pensionskassen können ab einem gewissen Lohnniveau funktionieren. Erst dann wird der Zinseszinsseffekt relevant. Die Reform macht diesbezüglich genau das Verkehrte: einen massiven, teuren Ausbau bei den tiefen Einkommen, und bei den mittleren einen Abbau - und zwar langfristig.

*AVIVO Info: Ein Blick zurück. Der Bundesrat forderte 2018 die Sozialpartner auf, eine Lösung zu finden.*

G. Medici: Es fing 2017 bei der Abstimmung zur Altersvorsorge 2020 an. Da behauptete die bürgerliche Seite, es sei alles kein Problem, man habe einen Plan B. Was zur Abstimmung stand, könne man ablehnen, weil dort die AHV um 70 Fr. ausgebaut werden sollte. Die Vorlage scheiterte knapp an der Urne. Dann sagte der Bundesrat, wir nehmen euch beim Wort. Ihr sagtet, ihr hättet Lösungen. Für die 2. Säule seien die Sozialpartner zuständig, es ist eine paritätische Versicherung, die nur die Sozialpartner bezahlen. Dann begannen wir zu verhandeln. Das war Anfang 2018. Dann verhandelten wir 1 ½ Jahre lang mit dem Arbeitgeberverband. Es ist uns gelungen, einen Vorschlag zu präsentieren, der einen Teil Umlage eingeführt hätte. Wir hätten ein wenig Solidarität in der 2. Säule eingeführt. Wir hätten ein bisschen AHV in der 2. Säule gehabt.

*AVIVO Info: Das heisst, ihr hättet der Senkung des Umwandlungssatzes zugestimmt, dass es aber dafür eine Kompensation gibt, nämlich in Form von monatlichen Zuschlägen.*

G. Medici: Das wäre nicht nur eine Kompensation gewesen, sondern eine dauerhafte Solidarität in der 2. Säule, die dazu geführt hätte, dass wir trotz Senkung des Umwandlungssatzes eine Leistungsgarantie gehabt hätten, im Unterschied zu jetzt. Heute sind Einkommen bis 880'000 Fr. versichert in der 2. Säule. Die Personen bis 880'000 hätten sich beteiligt, mit Rentenzuschlägen im Umlageverfahren, die ausbezahlt worden wären, an Beitragszahler mit tiefen Einkommen. Wie bei der AHV. Alle bezahlen entsprechend dem Einkommen und alle bekommen gleich viel ausbezahlt. Also auch tiefe Einkommen. Das akzeptierte der Arbeitgeberverband. Wir liessen Federn beim Umwandlungssatz und bei den Durchführungskosten. Was heute nicht ansatzweise diskutiert wird. Sieben bis acht Milliarden jährlich (Vermögenskosten und Verwaltungskosten) kostet der Betrieb heute. Es

gibt Kassen, die machen es halb so teuer wie andere. Wir haben ein unglaubliches Effizienzproblem. Wir haben ein riesiges Einsparpotenzial. Wir haben eine ganze Branche an Vermögensverwaltern, Finanzexperten, die sich dumm und dämlich verdienen. Wir akzeptierten dies wissend, dass sie wenigstens auf dieses Umlageelement keinen Zugriff hätten. Der Bundesrat übernahm dies und überwies es eins zu eins dem Parlament. Das Parlament zerstörte dies.

*AVIVO Info: Hat dich die Heftigkeit der Reaktion des Parlamentes überrascht?*

G. Medici: Es war brutal. Es war die Pensionskassen-Lobby und die Banken, die dies hintertrieben. Wir hatten die Erwartung, dass der Vorschlag der Sozialpartner und des Bundesrats wenigstens ernst genommen wird. Das Parlament war dann überfordert von der Reform und entschied völlig zerstückelt Dinge. Herausgekommen ist ein Flickwerk, welches keinen Sinn ergibt. Das Resultat ist ein gesetzgeberischer Pfusch. Selbst Pensionskassen-Experten sagen, die Reform lasse sich kaum umsetzen. Die Pensionskassen sagen, eigentlich brauchen wir die Senkung des Umwandlungssatzes nicht. Und der Bundesrat behauptet, am ehesten bringe die Reform jenen Pensionskassen etwas, die nahe beim Gesetz versichert seien. Doch bei diesen führt die Reform in den nächsten 15 Jahren sogar zu einer Zusatzbelastung.

*AVIVO Info: Du sprichst von der Finanzierung der Zuschläge? Euren Vorschlag im Sozialpartner-Kompromiss fanden wir genial, weil das Rentenniveau erhalten geblieben wäre.*

G. Medici: Wir erhielten vom Bundesrat einen einzigen Punkt als Vorgabe. Lösen sie ihre drängendsten Probleme in der beruflichen Vorsorge, aber mit Leistungsgarantie. Dies war von allen Parteien unbestritten. Trotzdem kam nun dies dabei heraus, absurd.

*AVIVO Info: Wir waren der Meinung, die Arbeitgeber stünden voll und ganz hinter dem Sozialpartnerkompromiss. Jetzt sind sie aber umgeschwenkt.*

G. Medici: Es ist erschreckend, wie wenig standhaft die Arbeitgeber waren. Beim Präsentieren des Kompromisses waren sie dabei, aber nachher haben sie nicht mehr gearbeitet und ihre Leute nicht integriert. Es war ein Kompromiss, und beide haben einen Teil ihrer Leute unzufrieden gemacht. Bei uns waren auch Leute unglücklich über die Senkung des Umwandlungssatzes. Dasselbe hatten sie auch. Insbesondere die Banken, die sich hinter den Kulissen sehr stark gegen die offizielle Position der Arbeitgeber einsetzten. Der Arbeitgeberverband glaubte wohl, die Situation aussitzen zu können. Das war eine Fehleinschätzung, bis sie uns fallen liessen und gegen den Kompromiss stimmten. Das ist fatal für die Sozialpartnerschaft, wenn du Partner hast, welche die Verhandlungsergebnisse nicht mittragen. Nachher kam AHV 21 – die Erhöhung des Frauenrentenalters. Sie kam nur ganz knapp durch. Und wohl deshalb, weil von bürgerlicher Seite alle behaupteten, wenn die Frauen nun gleichlang arbeiten würden wie die Männer, bekämen sie nachher eine höhere Rente. Sie versprachen, dass mit der BVG-Reform dann das Gute käme für die Frauen. Was jetzt zur Abstimmung kommt, ist, dass man wesentlich mehr bezahlt für eine ein bisschen höhere Rente und trotzdem noch in den Ergänzungsleistungen ist.

Mittlerweile ist die Arbeitgeberseite gespalten. Es gibt Branchenverbände, die gegen die Reform sind wie die Gastronomie, Bauernverbände (die wollen jetzt Stimmfreigabe machen, weil sie von den Arbeitgebern Geld brauchen für die Abstimmung gegen die Biodiversitäts-Initiative), Bäcker sind dagegen, Metzger, Coiffeure, viele kleinere Arbeitgeberverbände aus dem Gewerbe. Die Vorlage kommt für sie viel zu teuer zu stehen. Es gibt Bäckereien, die müssten sofort doppelt so hohe Beiträge zahlen wie heute. Es müssten Läden schliessen. Bereits vor der Schlussabstimmung gab es deshalb Stimmen in den Wirtschaftsverbänden, welche der Vorlage den Stecker ziehen wollten. Doch die bürgerlichen Parteien haben sich

durchgesetzt. Weil ihr Frauenversprechen im Wahljahr 2023 sonst nicht eingehalten worden wäre. Ich bin nun gespannt auf den Abstimmungskampf, denn viele auf bürgerlicher Seite sind sehr skeptisch gegenüber dieser Vorlage. Ich bin gespannt, wie viele Prominente auf bürgerlicher Seite für diese Vorlage auftreten werden. Viele werden wahrscheinlich den Kopf einziehen. Doch es geht mittlerweile auch um mehr, die Abstimmung wird auch zur Symbolfrage, wer das Sagen über die Altersvorsorge. Denn mit der 13. AHV-Rente haben wir einen grossen Sieg erreicht. Deshalb investieren die Wirtschaftsverbände jetzt Millionen für die BVG-Reform, obwohl sie auch viel Skepsis haben gegenüber der Vorlage. Sie werden wahrscheinlich 4 – 5 Mal mehr Budget haben als wir. Sie werden Vollgas geben. Es ist fatal. Deshalb versuchen wir das Beste.

*AVIVO Info: Pensionskasse ist nicht einfach Pensionskasse. Es gibt solche, die sind nahe beim Gesetz und jene, die viel überobligatorisches Kapital haben. Es kommt sehr darauf an, in welcher Kasse du versichert bist. Habe ich dies richtig verstanden?*

G. Medici: Dass es uns alle trifft, ist die Hauptaussage. Frau Bundesrätin Baume-Schneider sagte bei der Lancierung der Kampagne, fragen sie ihre Pensionskasse, um zu erfahren, wie betroffen sie sind. Und natürlich spielt es eine Rolle, wo du versichert bist, wie alt du bist und welchen Lohn du hast – und was deine Pensionskasse in den letzten zehn Jahren alles geändert hat. Man kann auf dieser Schiene fahren. Aber letztlich geht es bei der Abstimmung im September um eine Gesetzesänderung. Diese betrifft uns alle, denn wir haben alle einen gesetzlichen Anteil. Schauen wir deshalb doch, was im Gesetzentwurf steht. Denn dieses Gesetz ist fatal.

*AVIVO Info: Es wird wie bei der AHV argumentiert, wir bräuchten diese Reform, weil die Jungen sonst die Alten finanzieren.*

G. Medici: Ja, das wird in der 2. Säule gerne behauptet. Experten und auch die Oberaufsicht des Bundes haben diese Betrachtungsweise in den letzten 15 Jahren gepusht und sagten, dieses Jahr hat das Rentnerkapital weniger abgeworfen, als Renten ausbezahlt wurden und umgekehrt. Doch mittlerweile sagt die Oberaufsicht des Bundes seit zwei Jahren seien es die Alten, die für die Jungen bezahlen. Denn die Rentner haben keinen Teuerungsausgleich und bei den Jungen gab es eine etwas höhere Verzinsung. Bei den Rentnern gibt es nichts. Die Oberaufsicht sagt deshalb, die Umverteilung sei vorbei.

Aber eigentlich ist es vom Grundmechanismus her bereits falsch, so zu denken. Dass es jetzt gedreht hat, zeigt letztlich, wie kurzlebig dieses Argument ist. Denn es geht auch in der 2. Säule um eine Sozialversicherung, in der wir die Risiken gemeinsam teilen. Vor allem die Risiken der Finanzmärkte. Wir zahlen 40 Jahre ein und nachher bekommen wir für 20 Jahre eine Rente. Weil wir dies gemeinsam machen, können wir mehr Risiken eingehen. Es ist nicht so, dass es in einem schlechten Jahr weniger Rente gibt und in einem guten Jahr gibt es mehr Rente. Das wäre die Logik der 3. Säule.

*AVIVO Info: Was passiert, wenn wir gewinnen?*

G. Medici: Dann gibt es ein Fenster mit zwei Möglichkeiten. Erstens, dass wir echte Effizienzmechanismen in das System der Pensionskassen bringen. Wir sind heute in einem System, in welchem der Staat die Leute zum Sparen zwingt. Aber es gibt kein Instrument, welches Einsicht in das Preis-Leistungs-Verhältnis gibt. Für alles andere gibt es Preisüberwacher. Wenn der Preis nicht stimmt, kommt der Staat und sagt, da müsst ihr hinsehen und anpassen. Es wäre entscheidend, hier endlich weiterzukommen. Das zweite Fenster betrifft die Frauenrenten der 2. Säule. Wir haben ein Problem in der 2. Säule ein Problem, das alle Personen trifft, die unbezahlte Arbeit übernehmen. Ihre Pensionskassenrenten sind miserabel. In der AHV wurden bereits in den 90er-Jahren zwei Massnahmen eingeführt, um die Renten auszugleichen. Erstens, dass die Guthaben geteilt

werden (Splitting), zweitens sogenannte Betreuungs- und Erziehungsgutschriften. Sie sorgen dafür, dass Care-Arbeit auch zu Renten führen. Wenn wir wirklich Frauenreform wollen, müssten wir genau diese zwei Massnahmen auch in der 2. Säule einführen. Denn Frauen und Männer arbeiten pro Woche zwar gleich viel, respektive, Frauen eine halbe Stunde mehr. Doch zwei Drittel der Arbeitszeit der Frauen sind unbezahlt. Das heisst, zwei Drittel der Frauenarbeitszeit ist nicht abgebildet in der Pensionskasse. Denn die Pensionskasse knüpft immer am Arbeitsverhältnis an. Deshalb haben wir die riesige Rentenlücke bei den Frauen. Wir können diese Lücke nur ausgleichen, wenn wir einen Ausgleich oder eine Anerkennung der Sorgearbeit auch in der 2. Säule hätten. Es braucht beides. Beides wird nur dann möglich, wenn wir die vorliegende Reform im September ablehnen.

*AVIVO Info: Könnte es sein, dass der Sozialpartner Kompromiss wieder ins Spiel kommt?*

G. Medici: Eher nicht. Der ist wahrscheinlich vorbei. Aber die Idee dahinter. Elemente der Solidarität einzuführen, das wäre entscheidend. Das können Kinder- und Betreuungsgutschriften oder ein Teuerungsausgleich sein. Der Teuerungsausgleich war bei der Einführung der 2. Säule vorgesehen. Solche Solidaritätselemente müssten in der 2. Säule eingeführt werden. In diese Richtung sollte es gehen.

*AVIVO Info: Gehen wir richtig in der Annahme, dass dieses solidarische Element, welches bei der Finanzierung der monatlichen Zuschläge ein wichtiger Punkt war, weshalb die Bürgerlichen dagegen waren?*

G. Medici: Ja. Aber zeitweise gab es sogar FDP Ständeräte, die dieses Element unterstützten. Es wurde aber sehr massiv lobbyiert vonseiten der Banken und der Pensionskassen. Es gibt mittlerweile auch bürgerliche Politiker, die hinter den Kulissen auf mich zukommen und sagen, Frau Medici, sie haben eigentlich recht gehabt, es ist so ein Scherbenhaufen. Es täte ihnen leid, sie hätten nicht genügend Rückgrat gehabt gegenüber dieser Lobby. Die zweite Säule ist ein Riesenbusiness. Wir haben über 1'000 Milliarden in diesem Topf und 1'400 Pensionskassen. Und viel zu viele Banken, Vermögensverwalter und PK-Manager, die sich dumm und dämlich verdienen mit diesem System.

*AVIVO Info: Das zieht sich eigentlich durch seit der Gründung.*

G. Medici: Und es wird schlimmer. Die Vermögensverwaltungskosten haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Das Einsparpotenzial ist riesig. Aber gemacht wird nichts, denn der Markt reguliere dies anscheinend, im Gegenteil beobachten wir eine Konzentration hin zu sogenannten Sammelstiftungen, hinter denen profitorientierte Aktiengesellschaften stehen – ohne jegliche Regulierung der Geldabflüsse, und das Risiko tragen alleine die Arbeitnehmenden.

*AVIVO Info: Es gibt Sammelstiftungen wie NEST. Wir dachten, dies sei eine gute Sache.*

G. Medici: Das kann so sein, wenn dahinter keine profitorientierten AGs stehen. Problematisch sind insbesondere die grossen Sammelstiftungen der Versicherer. Die Sammelstiftung der AXA zum Beispiel. Sie ist theoretisch unabhängig und hat einen paritätisch zusammengesetzten Stiftungsrat. Doch dann sind sie vertraglich gebunden, alles bei der AXA einzukaufen: die Vermögensverwaltung, die Pensionskassenverwaltung, die Marke sogar die Geschäftsführerin ist von der AXA angestellt worden. Diese Verträge sind nicht transparent, es gibt null Regulierung. Wir sehen hingegen von aussen, da fliesst viel Geld ab. Hinzu kommt, dass der Markt heute wesentlich durch Broker getrieben wird. Die haben aber nur ein Interesse, dass für sie das Geld fliesst. Es gibt ganze Versichertenbestände, die deshalb hin und her geschoben werden. Hier brauchen wir dringend ein Verbot dieser Courtagen – also der gängigen Entschädigungsmodelle der Broker. Aber auch hier: der Bundesrat war dafür, sogar der Pensionskassenverband. Doch

das Parlament ist der Banken-Lobby gefolgt und hat das versenkt. Das zeigt deutlich, die Stimmbevölkerung muss die BVG-Reform dem Absender zurücksenden. Damit dieser eine Reform für die Bevölkerung macht – und nicht für die Finanzindustrie!